

Dr. Bruno W. Knopp
Hortensienstr. 6
85 Nürnberg 60

*Such von:
Prof. Dr. Folbert*

23.08.1981.

Herrn
Prof. Kurt Schmidt
Hörzinger Str. 40
A-4020 Linz

Lieber Kurt!

Anbei schicke ich Dir ein umfangreicheres, an Dich gerichtetes Schreiben, das wir ursprünglich, an einen großen Kreis von Bekannten und Freunden schicken wollten - wie aus dem Schreiben an U. Ackerner-sichtlich ist - um darüber in Wels zu debattieren.

In letzter Minute entschlossen wir uns dann, das Schreiben vorerst erst einem engeren Kreis zur Kenntnis zu bringen. In diesem Sinn lies-sen wir das Schreiben u.a. auch an F. Frank abgehen.

Nachdem es nun weder taktvoll noch klug wäre, die Aktion unter Gebrauch Deines Namens zu verhandeln - ohne Dir etwas davon zu sagen - hole ich die bisher Versäumte Verständigung nach. Gleichzeitig bitte ich Dich das ganze Papier auch Deinem Brunder Willi zu lesen zu geben. Er soll es in seiner Eigenschaft als vorgebildeter Jurist und Staats-anwalt tun. Es ist leicht möglich, daß die ganze Angelegenheit vor das Bundesverfassungsgericht kommt.

Es wurde in der ganzen Frage der "Familienzusammenführung" (Aus-siedlung) hochgradig mit geheimen Karten gespielt, ~~Einiges~~ zum Teil gar mit Mißbrauch und Hintergehung von Personen, die in die Sache verwickelt wurden, ohne (wie Karl Kurt Klein) mit allem einverstanden zu sein.

Univ. Prof. Karl Kurt Klein war de facto mit Dr. Molitoris der Ansicht - wie im übrigen auch aus seinem Band II "Septemcastrensia" hervor-geht, daß die Sachsen nicht ins kommunistische Rumänien zurückkehren sollten, daß ihnen eine Heimstätte in Nordrheinwestfalen gegründet werden sollte - und daß sie sich hier auch weiter als Sachsen würden behaupten können. In diesem Sinn wurde auch mit der CDU (Adenauer und Ludwig Erhard) verhandelt, wobei sich Heinrich Zillich etwas stark vordrängte. Dabei war Zillich mit dem Kern der Schmidtischen Volksgruppenführung, inwieweit diese noch vorhanden war, sich darin ziemlich (aber nicht alle unbedingt) einig, daß diese "Familienzusammenführung" auf eine Aussiedlung hinauslaufen würde.

Klein respektierte dabei die andersgeartete Auffassung Bischof Müllers in vollem Umfang - und ließ eine Entscheidung offen, wie er-wähnt, in der Überzeugung (die der österreichischen Mentalität ent-spricht, nachdem er in Innsbruck lebte - und die Österreicher von jeher für das Leben und Fortbestehen eigenständiger Stämme Verständ-nis und Respekt haben), daß sich die Sachsen in Deutschland würden hal-ten können., und kein Volkstod eintreten würde.

Spätestens 1970/71 - kurz nach dem Tod von Klein - zeigte es sich, daß die nach Deutschland kommenden Sachsen nicht, wie Klein dieses er-hofft, ziemlich geschlossen ~~in~~ Nord-Rhein-Westfalen sesshaft werden würden. Anfang 1970 kam ich aus Kronstadt auf Besuch nach München und teilte Plesch mit, daß so eine Aussiedlung auf den Untergang und die Liquidierung der Sachsen-Schwaben hinauslaufen würde, und daß wir gute Chancen hätten den Kommunismus in unserer alten Heimat ohne gros-sen Schaden zu überleben.

Plesch mit seinen Männern kam in Berlin mit den Leuten vom Hilfs-komitee auf meine Vorstellungen hin in Berlin zusammen - und schickten mir ihren Beschluß zu, daß sie meine Vorstellungen berücksichtigen wer-den. (Das Papier befindet sich in meinem Besitz)

Es lebten damals in Siebenbürgen und dem Banat und Sathmar noch über 500.000 Deutsche, obwohl die off. Statistik damals nur 389.000 Seelen auswies. Ich kenne die genauen Zahlen von Johann Lutsch, dem Bistritzer Subredakteur des "Neuen Weg", der mir sagte, daß sie vom Neuen Weg aus genaue Erhebungen in allen Siedlungsgebieten gemacht hätten. Wir hatten auch in Nordsiebenbürgen in allen Dörfern, wo mehr als neun Kinder waren - und dieses war in den meisten der Fall - deutsche Schulen genehmigt erhalten - in Bistritz ein Gymnasium. ~~Dieses~~ Sehr viele der Gemeinden auch im Nösner Gebiet - von den in den anderen Siedlungsgebieten ganz zu schweigen - waren voll lebensfähig. Die Leute hatten Kinder, viel mehr Kinder wie in der BRD, man begann sich wieder des Lebens zu freuen. Haus Hof und Garten war den Leuten am Land überall zurückerstattet worden. Es ging aufwärts.

Nach Kronstadt zurückgekehrt unterrichtete ich den Ministerpräsidenten Dr. I. G. Maurer von dem Resultat meiner Reise ~~nach~~ München. Maurer, väterlicherseits aus Weillau stammend, Halbsachse (seine Mutter war Jüdin) war uns gut gesinnt - und ließ uns über Tartlauer Sachsen wiederholt sagen, daß wir guten Mutes sein sollten, die Sache werde sich immer mehr bessern.

Maurer hatte kurz darauf einen schweren Autounfall. - Ich wurde eingesperrt - in eine Nervenheilanstalt mit Gefängnisregime, wo es von politischen Häftlingen wimmelte (Zum erstenmal war ich 1962 eingesperrt worden, weil ich mich schriftlich für die Gründung der "Vereinigten Staaten von Mitteleuropa" als Nachfolgestaat von Österreich-Ungarn eingesetzt hatte, weil nur so der Friede und das Gleichgewicht in Europa und der Welt gewahrt werden könnte. Bereits bei der ersten Einsperrung war ich mit den Ärzten "übereingekommen" mich für undicht erklären zu lassen, weil es mir sonst sicher so gehen würde wie Roth und Brandsch. (Der Bruder von Rudolf Brandsch, dem früheren Minderheitenminister und Abgeordneten, Dr. Konrad Brandsch, starb auch an den Folgen des Gefängnisses. Er war Jurist, Volksgruppenangehöriger und nach dem Zusammenbruch 1944 eine Zeitlang in meiner Advokaturkanzlei als Angestellter tätig). *Ich wurde aus dem Gefängnis entlassen, wobei ich mich bereit erklärte, in die BRD auszuwandern.*

Ich erriet bald, daß Plesch hinter dem Rücken des Hilfskomitees nachgegeben d.h. sich dem Staatsführer gegenüber wieder offen zur Aussiedlung bekannt hatte - so wie er über Dr. Krauß und Engel über die Potschaft in Bern - ausgemacht hatte (unter Übergehung von Maurer, der (wie in der BRD das Hilfskomitee, Möckel etc) dort unten glaubte, es handele sich tatsächlich nur um eine "Familienzusammenführung"). *Plesch* Er äusserte sich meiner Schwester Käthe Maroscher gegenüber in einer Weise, die mich alles erraten ließ.

Nun - inzwischen hat sich auch Zillich ganz offen in einem Artikel in der "KK" in dem Sinne geäußert, daß die Sachsen in der Bevölkerung der BRD aufzugehen hätten, nachdem ich Peter Nasarski, ~~als~~ den Chefredakteur der Kultur-Korrespondenz über meinen Standpunkt informiert hatte. Damit hat sich Zillich endgültig von dem Einstellung Kleins distanziert und Molitoris distanziert, die ihren Einverständnis mit der "Familienzusammenführung" Aussiedlung bestimmt revidiert hätten, sobald sie einsehen, daß die Sache auf die Liquidierung der Sachsen-Schwaben - und die Belastung der Bundesdeutschen mit dem Vorwurf des Genozids hinausläuft.

Der Vorwurf des Genozids wird zum erstenmal offiziell in einem von der RumKomm. Partei unter der Redaktion von Bert Millitz herausgegebenen Buch "die Deutsche Nationalität im Rumänien" gegen die "Westdeutschen Kreise" erhoben.

Die Fortsetzung dürftest Du kennen: Bergel erhob auf einer Tagung der Hanns Seidel-Stiftung (siehe Südostd. Vierteljahresblätter) der rumänischen Regierung gegenüber den Gegenvorwurf des Genocids.

Kurz-juristisch: Die Behauptung steht unangezweifelt im Raum. Es geht bloß um die Frage, wer ist der Schuldige bzw. Schuldigere.

Presseerklärung

des Sprechers der Heimattreuen Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben Dr.Dr.Bruno Wilhelm Knopp - Nürnberg

Betr. Stand der Liquidierung (Vernichtung) des siebenbürgischsächsischen und schwäbischen Volkskörpers durch den deutschen und rumänischen Nationalzentrismus (Nationalsprachen-Gigantismus, Nationalsprachediktatur, Nationalsprachenwahnsinn).

Dr. Wilhelm Bruckner, der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen trat in seiner Rede in Essen (siehe "Siebenbürgische Zeitung"-München vom 15.10.1980) für die Rückkehr der Siebenbürger Sachsen in ihre Urheimat am Rhein ein. Er gab in seiner Rede einerseits der Freude Ausdruck, daß die sozialliberale Regierung in Bonn seine Bemühungen um Erhöhung der Aussiedlungsquote unterstützt, andererseits dem Ärger, daß es westliche Politiker und Landsleute gibt, die die Aussiedlung aus Rumänien abbremsen möchten.

Eine ähnliche Rede hielt Hans Bergel, der Redakteur der in München erscheinenden "Siebenb. Zeitung" (siehe seine Rede in Nr.4/1980 der "Südostdeutschen Vierteljahresblätter"-München).

Wenn man die Ausführungen Bruckners und Bergels liest und die weltanschaulich-politisch-historische Begründung derselben mit den Überlegungen des amerikanischen Historikers und Politologen Alfred M. de Zayas vergleicht, die dieser in seinem Buch "Die Anglosamerikaner und die Vertreibung der Deutschen" C.H.Beck-Verlag-München 1978 macht, muß man über die Haltung Bruckners und Bergels entsetzt sein. De Zayas kommt in seinem Buch zu dem Schluß, daß die Ansicht und das Denkklimas bestimmter amerikanischer, englischer und russischer Politiker vom Jahre 1945, wonach die Deutschen aus gewissen Ostgebieten (z.B. aus Ostpreußen) auszusiedeln und in die Gebiete zurückzuführen seien, woher ihre Ahnen vor vielen hundert Jahren in Richtung Osten ausgezogen wären - für die weiße europäische Menschheit eine äußerst gefährliche Einstellung, einen äußerst gefährlichen Präzedenzfall beinhalte. Man könnte, so de Zayas, mit derselben Begründung für eine Rücksiedlung der Engländer an Rhein und Elbe eintreten, von wo ihre Ahnen nach Britannien auszogen. Mehr noch, die Begründung könnte außer-europäischen Politikern und Denkern zu einem gewissen Zeitpunkt dazu dienen, die Aussiedlung der Anglosaxonen und Europäer aus Amerika, Kanada, etc., der Russen aus den östlichen Teilen ihres Landes zu verlangen, zumal diese viel später hin zogen als die Deutschen in die Gebiete aus denen sie jetzt ausgesiedelt werden sollen.

Evident: Besagte alierte Politiker von 1945 übersahen die Sache und die Folgen ihrer Einstellung nicht. Nun ist es Aufgabe der deutschen und europäischen Politiker und Denker (Institute), ihre englischen und amerikanischen Kollegen von heute, von den Fehlern zu überzeugen, die die westlichen und östlichen Politiker 1945 machten, geistig noch in der Emotion des Krieges befangen, und sie zur Rückgängigmachung derselben zu veranlassen. Und unsere Aufgabe als Südostdeutsche und Ostdeutsche und Vertriebene ist es, diese deutschen und europäischen Politiker in ihrem Bestreben im Interesse der geistigen Sittlichkeit zu unterstützen, ohne welche die Menschheit auf die Dauer nicht bestehen kann.



Heute sieht man es genau, daß ein Industriestaat, wie die Bundesrepublik Deutschland, und ein auf der Industrie basierendes wirtschaftliches Wachstum seine Grenzen hat, und daß die Verantwortlichen eines Volkes auf den Volksboden nicht verzichten können und dürfen, ohne seine Existenz zu gefährden.

Konkret: Wer hat Dr. Bruckner und die ihnen ergebenen deutschen Politiker und Denker zu dem Verzicht ermächtigt, der zweifelsohne zumindest teilweise in ihren Aussiedlungstendenzen steckt? Oder glauben sie als krankhaft Besessene etwa den Amerikanern oder Russen zu liebedienern, sich ihre Anerkennung zu erwerben - oder verfolgen sie als böswillige Schlaumeier die weitere Verstrickung, Belastung der alliierten und deutschen Politiker und den Untergang der weissen Menschheit?

Die Aufgabe der Landsmannschaft und der deutschen Politiker wäre es, die im Westen existierende Freiheit nutzend, mit allen politischen und rechtlichen Mitteln, Eingaben bei den UN- und Europ. Behörden, Demonstrationen etc. dafür einzutreten, daß das Los ihrer Landsleute und der anderen Minderheiten in der alten Heimat verbessert wird - und zugleich das Los der Rumänen, Ungarn und anderen Nationalitäten, die sich den Idealen der Völkertoleranz und Menschlichkeit verpflichtet fühlen.

Die von namhaften Völkerrechtlern im Auftrag der Hanns Seidel-Stiftung und des Internationalen Institutes für Nationalitätenrecht und Regionalismus, im Olzog Verlag herausgegeb. Studie "Volksgruppenrecht - ein Beitrag zur Friedenssicherung" zeigt den Weg u. die Notwendigkeit der Wahrung der Rechte der Volksgruppen in ihrer Heimat im höheren Interesse der Menschheit.

Den Abschluß der Studie bildet ein "Entwurf eines Internationalen Abkommens über den Schutz nationaler oder ethnischer Gruppen oder Minderheiten", das von den prominenten österreichischen Völkerrechtlern Dr. Felix Ermacora-Wien und Prof. Dr. Theodor Veiter-Innsbruck im Auftrag des Institutes erarbeitet wurde.

Statt sich nun für die Verwirklichung der Grundrechte einzusetzen, ohne welche die Welt und Europa nicht zur Ruhe und zum Wiederaufstieg kommen wird - und für die Ideale, die in dieser Arbeit enthalten sind, trat Hans Bergel als Vertrauensmann von Bruckner und Zillich auf der von der Hanns Seidel-Stiftung unter dem Titel "Bleiben oder Gehen" veranstalteten Tagung für die Fortführung der Aussiedlung bis zum bitteren Ende ein. Kein Wort über die innere Verpflichtung den mitwohnenden Nationalitäten und der Heimat gegenüber. Bergel bezeichnet den Vorgang der Aussiedlung selbst als Genozid und versuchte die Verantwortung allein der rumänischen Regierung und dem Westen, also den Amerikanern, Engländern, Bundesdeutschen etc. in die Schuhe zu schieben. Von einer Mitarbeit und Anregung seinerseits, um das grausame Verbrechen zu verhüten ist keine Rede, und keine Rede von einem Schuldbekenntnis der Landsmannschaftsführung.

Die Zeit arbeitet für die Heimattreuen, wenn sie die religiös-sittlichen Werte zu wahren bemüht sind, die in der Vergangenheit und in der Lehre der Geschichte ihres Volksstammes liegen. Weder der übertriebene Kapitalismus noch der übertriebene Kommunismus, die sich einem intoleranten Sprachennationalismus verschrieben haben (der oft so weit geht, daß er andere als "Nationalisten" verschreit, die sich dieser Intoleranz nicht fügen) können sich auf die Dauer gegenüber einer gesunden Weltauffassung halten. Die Vergangenheit der letzten zweitausend Jahre hat gezeigt, daß die Menschen und Völker eine einheitliche Universalsprache nur dann akzeptieren, wenn das Volk, das sie hervorgebracht hat, gestorben ist. So ist es dem heidnischen Römervolk ergangen - und so würde es jedem Volk ergehen, das die alten Römer mit ihrer krankhaften Sprachentoleranz zu stark nachzuahmen sucht. Da kann auch das edelste Streben edelster Menschen des sterbenden Volkes nichts dagegen tun, wie etwa das Bestreben des hl. Augustin, Irinäus, Benedikt von Nursia, und des edlen Römers Gregor der Erste, der Grosse (Papst), die das Lateinische nur als Kirchen- und Gelehrtensprache, d.h. als Sprache einer metaphysischen Welt retten konnten. Allerdings hat dann diese "Elitewelt der Armut und des Verzichtes", dieses willensstarke geistig zielbewusste Streben nach ewiger Verlebendigung einer toten Sprache, dieses ewige Streben nach der Auferstehung von den Toten - dann eine überaus segensreiche Wirkung auf die zweite, die materialistische Welt gehabt. Ohne die erste, die metaphysisch-transzendente Welt (die auf den einfachen Menschen vielfach mystisch-romantisch wirkt, was auch förderlich ist) kann die zweite Welt nicht mehr bestehen. Dieses sollten die Kirchenreformer bedenken, wenn sie nicht auch zur zweiten Welt werden wollen. Vielleicht ist die Beibehaltung des Lateinischen als Universal-Elite-Kirchen- und Gelehrtensprache, entsprechend bereichert und modernisiert, doch die beste Lösung. Vielleicht wäre auch der kluge Bertrand Russell damit einverstanden, wenn er noch leben und die Sache nochmals gründlich durchdacht hätte.

Nur auf diese Art kann man der düsteren Prognose entgehen, die Marshall Shulmann, der Sowjetologe und Berater des amerikanischen Präsidenten J. Carter machte, als er sagte, daß sich Amerika und die Sowjetunion in einem "Wettstreit der Dekadenz" befinden, wobei Sieger der werde, der etwas später als der andere den Folgen des zeitgenössischen Werteverfalls erliege.

Die Zukunft wird den nach christlichen Grundsätzen der Völker- und Stammesduldung funktionierenden Regierungssystemen auf regionalistisch-föderativer Basis gehören. Die Anerkennung der Hoheitsrechte der föderierten Länder, Regionen, etc. muß möglichst weitgehend verwirklicht werden. Nur in solchen Regierungssystemen ist die höchste Bürgernähe, Demokratie (Parlamentarismus), Sittlichkeit, Lebenssinn, Glück, Verteidigungsbereitschaft gewährleistet. Staaten, die sich nach Kriterien nationalsprachlicher und wirtschaftlicher Größe (Gigantismus) ausrichten u. die Werte der Heimat, Region, Geschichte vernachlässigen, sind dem Verfall ausgesetzt. Deutschland hätte nach 1806 auf föderaler Basis demokratisiert werden müssen. Eine Überbetonung des Einheitsstrebens birgt die Gefahr eines zentralistischen Zwangsstaates und des Freiheitsverlustes in sich.

Wir sollten der Resignation und dem Defaitismus, der in einer Auswanderung liegt, nicht das Wort sprechen. Merken Bruckner, Bergel nicht, daß sie durch ihre Einstellung dem Chauvinismus in die Hand arbeiten und sich zum "nützlichen Idioten" der Vertreter der Glaubens- und Hoffnungslosigkeit machen? Oder sind sie etwa so grosse Hassler der Amerikaner, Russen und Binnendeutschen (Alldeutschen), daß sie diesen absichtlich ihren guten Rat vorenthalten, der sie zur Umkehr veranlassen könnte? Zumal letz-

tere in Fragen der Nationalität weniger Erfahrung haben, als wir Mittel- und Osteuropäer. Bruckner und die, die ihn zum Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft machten, haben dieses wohl nicht erkannt. Vor allem auch völkerrechtlich und zivilrechtlich nicht. Man sollte ihnen Einhalt gebieten, nicht zuletzt auch in ihrem eigenen, persönlichen Interesse. Oder will uns Herr Bruckner mit seinen Freunden etwa unser Vermögen bezahlen, das wir als Volk und Einzelindividuen in Rumänien besitzen? Lastenausgleich, Renten und sonstige Vergünstigungen für "Aussiedler" sind, so meinen wir, nur eine Entschädigung dafür, daß sich Hitler in die Angelegenheiten der autonomen deutschen Volksgruppe in Rumänien einmischte, ohne das unveräußerliche säkulare europäische und deutsche Recht auf Autonomie der Stämme zu berücksichtigen. Man sollte den Lastenausgleich, die Renten etc. voll auch den Landsleuten auszahlen, die in Rumänien bleiben, und insbesondere diesen! Bruckner und seine Leute müssen darauf verzichten, einen künstlichen Sog zu erzeugen, indem sie unsere Leute mit geldlichen Verlockungen in die BRD ziehen, wie dieses Gerhard Möckel u.a. in dem im Auftrag des Hilfskomitees der Siebenbürger Sachsen und ev. Banater Schwaben herausgegebenen Buch aufzeigen. ("Siebenbürgisch Sächsische Geschichte in ihrem 9. Jahrhundert"). Man sollte darauf verzichten, uns zum Verrat an unseren Brüdern in Rumänien, gleichgültig welcher Nationalität zu bewegen und uns durch Unterstellung des angeblichen Wunsches "als Deutsche unter Deutschen leben zu wollen" zu Nazis und "nützlichen Idioten" abzustempeln, die an allem Schuld sind. Schuld an allem Übel, das seit mehr als hundert Jahren über Europa hereingebrochen ist, sind nicht wir oder unsere Ahnen, sondern vielmehr die Nationalsprachen-Zentralisten mehrheitlicher gigantischer Prägung, welche, entgegen dem christlichen Prinzip, daß alle Völker, Stämme und Gruppen- auch die Kleinen und Schwachen- lebensberechtigt sind, glauben, die Kleinen

auffressen zu dürfen. Dieses lief und läuft so lange, bis die Kleinen in sittlicher Reinheit darauf kommen, diesem Terror der Zahlen dadurch zu begegnen, indem sie sich zusammenschließen und bei Wahrung einer maßvollen sittlichen andere Völker berücksichtigenden Freiheit die Mehrheit der Menschheit bilden.

Die Landsmannschaftsführung, die in der BRD lebt, wo es demokratische Spielregeln gibt und wo die Landes- und Bundesverfassung die freie Meinungsbildung garantiert, sollte endlich aufhören, die Methoden der Unterdrückung Andersdenkender anzuwenden. Es ist nur zu bekannt, daß die frühere, von Hitler und Antonescu eingesetzte Volksgruppenführung in Rumänien sich derselben Methoden bediente, um ihre Gegner zum Schweigen zu bringen. Es ist dieselbe Volksgruppenführung, als deren Exponent und Erbe die Landsmannschaftsführung in München anzusehen ist, wie das H.W.Hockl in dem 1980 erschienenen Buch "Offene Karten" nachweist.

Bloß daß an Stelle des unangekommenen, von Hitler und dem rum. Staatschef Antonescu eingesetzten nationalsozialistischen Volksgruppenführers Andreas Schmidt der Schriftsteller Heinrich Zillich zum Landsmannschaftsführer (Vorsitzenden bzw. Ehrenvorsitzenden) eingesetzt wurde, der von jeher als notorischer Nationalsozialist gilt. Zillich verstand es dafür zu sorgen (mit entsprechenden nazistischen Methoden), daß innerhalb der Landsmannschaften nur der zu Wort kommen konnte - und in führende Stellen "gewählt" wurde, der sich seinen Aussiedlungsabsichten unterwarf, und die neuerliche Belastung des deutschen Volkes mit dem Vorwurf des Genocids einverstanden erklärte. So tritt die Mehrzahl der Siebenbürgersachsen und Banater in die Landsmannschaft gar nicht mehr ein, sondern tritt aus Scham vor solchen Menschen wieder aus. Die Tränen des Schmerzes über die verlorene Heimat, die die Sachsen-Schwaben verlassen müssen, wie wir gleich zeigen werden, werden von den selbstgewählten "Landsmannschaftsführern" der nichtsahnenden bundesdeutschen Bevölkerung gegenüber als "Freudentränen" geschildert, die man beim Einzug in die "neue Heimat mit ihren guten Menschen" verspüre. Gott, welche Ironie, welcher Sarkasmus und Brutalität. Verbrechen wird zur Tugend und Humanität umstilisiert und durch den Einsatz des Roten Kreuzes in grausamer Weise übertrücht.

Bezeichnend für die "demokratische" Einstellung des Schriftleiters der "Siebenbürgischen Zeitung" ist der Umstand, daß meine Zuschriften, die sich mit Fragen der Heimatpolitik und der Aussiedlung befassen und zur freien Meinungsbildung beitragen wollen, mit dem Vermerk des Redakteurs H. Bergel zurückkommen "Annahme verweigert"? Wieso dieses?

Wohl deshalb, weil ich aus Rumänien als legitimer, von der alten, freigewählten Volksgruppen- und Kirchenführung eingesetzter Vertreter der Deutschen Volksgruppe in Rumänien von der rumänischen Regierung im stillen Einvernehmen mit der Landsmannschaftsführung und der Bundesregierung zwangsausgesiedelt wurde, nur weil ich,

entsprechend meinem Mandat gegen die Aussiedlung eintrat. Ich wurde, wie so mancher andere, formell nicht "gezwungen", sondern bloß eingespart, bis man mir nach Monaten zu verstehen gab, daß ich die Freiheit erlangen könne, wenn ich "freiwillig" um den Paß zur Aussiedlung ansuchen würde. Diese und andere weniger durchsichtige Methoden der Ausweisung, die bald geschildert werden sollen, begannen, nachdem Willy Brandt insgeheim (noch als Aussenminister) nach entsprechender Abstimmung mit Zillich und Erhard die Aussiedlung abgesprochen hatte, die zunächst unter dem die Öffentlichkeit irreführenden Titel der "Familienzusammenführung" praktiziert wurde - bis sie dann von Helmut Schmidt im Januar 1978 über meinen Kopf hinweg, ungeachtet meines Einspruches vertraglich festgelegt wurde. Der rumänischen Regierung wurden zwecks Stimulierung der zum Schein unerwünschten Aussiedlung 700 Millionen DM bewilligt, natürlich in Industriewaren, damit die deutschen Industriellen ein noch grösseres "Wachstum" verzeichnen, noch mehr ausländische Arbeitskräfte einstellen können, damit das deutsche Volk noch mehr seine Identität verliert, die deutsche Frau des Mutterrechtes beraubt, schon in jungen Jahren im Zeichen der betrügerischen "Emanzipation" aus dem Hause ins feindliche versuchungsvolle Leben gejagt wird.

O tempora, o mores !

Schon seit 1972 habe ich in verschiedenen Eingaben an die Bundesregierung und an das Auswärtige Amt auf den grossen Schaden hingewiesen, der Rumänien, Europa und der freien Welt und dem deutschen Ansehen und uns als Volk durch diese neuerliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten einer eigenständigen Volksgruppe zusätzlich zu dem von der Reichsregierung zugefügten Verlust trifft, Verluste, die zum Teil unersetzlich sind. Ich schätzte 1974 in einer Eingabe ans Bundesinnenministerium den materiellen Schaden allein auf 14 Millionen DM. Wir werden den Betrag, der sich inzwischen enorm erhöht hat zur Rücksiedlung benutzen, sobald der Kommunismus zusammengebrochen ist.

Zur Frage, wie wurden und werden die Siebenbürgersachsen und Banaterschwaben praktisch zur "freiwilligen" Aussiedlung gezwungen?

Seit der Abmachung Brandt/Schmidt begann in Rumänien die Periode der Hölle, d.h. die Zeit der grossen Unterdrückungen und Einschränkungen, denen aus formaljuristischen Gründen (weil das nicht anders geht) die ganze Bevölkerung des Landes ohne Unterschied der Nationalität unterworfen wurde, mit dem Endziel, die heimattreuen Sachsen und Schwaben aus dem Land hinauszuekeln, um aus Rumänien mit Hilfe der deutschen Nationalzentralisten einen Nationalstaat bismarckischer Prägung zu machen. Gott, welcher Hohn! Die Sachsen-Schwaben gedachten nach 1949, nachdem sie auch die Russlanddeportation überstanden hatten (gegen welche der Siebenbürger Rumänische Politiker Julius Maniu auf unsere Anregung hin energisch protestiert hatte wobei sich die Westmächte dem Protest anschlossen) gar nicht an eine Aussiedlung. Sie erholten sich bald auch bevölkerungspolitisch - und sind gegen Assimilationsgefahren schon seit bald 1000 Jahren immun. Dem rumänischen Nationalismus wäre die sächs.schwäbische Volksgruppe leicht gewachsen gewesen. Gefährlich wurde die Sache erst als der rumänische Nationalismus von dem bundesdeutschen Nationalismus angeheizt wurde. Das war zu viel der Teufelei. Da begann, biblisch ausgedrückt, der sächsisch-schwäbische Volkskörper, von brutalen nationalistischen Henkern an Händen und Füßen ans Kreuz geschlagen, zu bluten und müde den Kopf zu neigen. Und die antibultmannischen Theologen in der BRD (EKD), gaben in grosser Unwissenheit um den wahren christlich-paulinischen Glauben, zu dem grausamen Unterfangen ihre Zustimmung, beteten gar für gutes Gelingen der bösen Tat, statt abzuraten.

Doch wir, als Wisser um den wahren christlichen Glauben und um die wahre Auferstehung (im Volks- und Menschheitsmaßstab) haben die Hoffnung nicht verloren. Wir wissen, daß unser Volk diese Tötung überstehen und

zum gegebenen Zeitpunkt wieder gestärkt in seine Heimat ziehen wird. Die menschlich und tolerant gesinnten Rumänen und sonstigen Nationalitäten Rumäniens wollen unsere Dörfer und Städte und unseren Boden gar nicht. Sie möchten mehr Freiheit und mehr finanziellen Wohlstand. Sie werden den unedlen Bemühungen Brandts, Schmidts, Zillichs wenig Dank zollen. Sie klagen sie vielmehr gleich den heimattreuen Sachsen-Schwaben (in der BRD und in Rumänien) des Genozids an und sind gezwungen, sie zu verfluchen

! Warum verschweigt die Landmannschaftsführung der deutschen Öffentlichkeit diesen Fluch, den ich schon 1972 Herrn Cloos in authentischer Form als Nachlaß des Bischofs Dr. Friedrich Müller zwecks Veröffentlichung in der "Siebenbürgischen Zeitung" überreichte, und der nachträglich von einer sächsischen Pfarrersfrau bekräftigt wurde, worüber das "Licht der Heimat" des Hilfskomitees berichtete? An dem Elend in Rumänien ist heute in hohem Maße die L.M.-Führung und die sozial-liberale Bundesregierung schuld, die, statt die Wünsche des Volkes zu respektieren, nationalistische Tendenzen der Bukarester Regierung hochschraubt. Und schließlich noch einige Bemerkungen historiographischer und ethnischer Natur: Warum werden die Südost- und Ostinstitute der BRD und die Fakultäten für Geschichte der Universitäten über den eigenständigen Charakter der deutschen Volksgruppen in Mittel- und Südosteuropa von der Landmannschaft bezüglich historischer Gegebenheiten falsch informiert?

Wohl stimmt es, daß die Siebenbürger Sachsen einen mittelfränkischen Dialekt sprechen, also auch Deutsche sind, der auch dem Dialekt ähnelt, der an Mosel und Rhein gesprochen wird und daß dementsprechend ein Teil ihrer Vorfahren aus dieser Gegend nach Osten gezogen sein mögen. Aber ebenso stimmt es, wie der Historiker und langjährige Schulleiter des Schulwesens der ev. Landeskirche in Rumänien Prof. Gustav Rösler in seiner Studie über die Geschichte der Stadt Sächsisch-Regen schreibt, die 1968 im Böhlau Verlag Köln erschien, daß besagter Teil der Sachsen nicht unmittelbar vom Rhein, sondern aus Pannonien nach Siebenbürgen gezogen ist.

Nach den Forschungen von Konrad Schünemann: "Die Deutschen in Ungarn bis zum 12. Jh." und den noch neueren Forschungen von J.V. Senz: "Geschichte der Donauschwaben" und Dr. Fritz Zimmermanns in Wien, dessen Arbeiten laufend im Universitäts-Verlag Braumüller erscheinen (die letzte von dem berühmten Völkerrechtler Prof. Th. Weiter, Innsbruck, herausgegeben), sind die Gepiden, d. i. ein Zweig der Goten, in dem pannonischen Deutschtum aufgegangen, das dorthin von Karl dem Großen und seinen Nachfolgern angesiedelt wurde.

Wenn nun die Sachsen aus Pannonien nach Siebenbürgen zogen, also aus dem karolingischen Deutschtum stammen, wie Rösler sagt, so ist neben der Frankenabstammung unseres Volkes auch die Gepidenabstammung voll bestätigt. Also stimmt die Einwanderungstheorie G.D. Teutschs nicht, sondern die zwei- und gar mehrschichtige Einwanderungszeit und Herkunftstheorie, die vor Teutsch von den kompetenten Historikern Deutschlands (Melanchton, Pirckheimer, Münster), Italiens (Bonfini, Mangini) und der Sachsen als richtig anerkannt wurde. Zu diesen zählt nicht zuletzt K.K. Klein (in seinen Sammelbänden "Transsylvania", 1962 und "Saxonia Septemcastrensia", 1970). So bewahrheitet sich das, was der größte sächsische Sprachforscher Gustav Kisch, der eigentliche Entdecker der Moselfränkischen und luxemburgischen Komponente von jeher festhielt, daß die sächsische Sprache auch eine gotische Sprache sei. Dieses hatte bereits Markus Fronius gelehrt. Auch in der Kirche wurde bis zu der Zeit Teutsch, "gotisch" gepredigt.

Wenn nun unsere Eigenständigkeit als Volk und diejenige der pannonischen Deutschen in diesem Ausmaß nachgewiesen ist, und im Wesen identisch ist mit der der Österreicher, so erscheint es als ein noch größeres Vergehen, wenn wir es darauf ankommen lassen, daß das westdeutsche Volk und seine Gelehrten und Poli-

tiker, die mit ihren eigenen Problemen nicht fertig werden und von den Judenverfolgungen schon so belastet sind, von einer verantwortungslosen und bornierten Landsmannschaftsführung heute noch zusätzlich mit der "Liquidierung" der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben belastet werden. Was würden die anderen Völker Europas, die Skandinavier, Belgier, Schweizer, aber auch die Amerikaner und nicht zuletzt die deutsche Jugend, die Studenten dazu sagen? Die Ungarn, Rumänen, auch die Chauvinisten unter ihnen, deren Ahnen erst später nach Pannonien und Siebenbürgen kamen, sei es nun vom Papst oder von unseren Herrschern veranlaßt, werden sich mit unserer Weiterexistenz in Pannonien und Siebenbürgen um so eher abfinden, als wir es mit der ihrigen nach wie vor tun.

Aus all diesen Gründen verlangen wir sofortige Einstellung der Aussiedlung und sind bereit uns mit allen Betroffenen an einen Tisch zu setzen, um zu beraten, was zu geschehen hat.

Wir bitten alle Deutschen, die sich zu ihren Stämmen und ihrer Heimat bekennen, für uns und die westdeutschen Politiker zu beten, damit dieselben sich beraten lassen, daß das von Bismarck im Namen eines deutschen Nationalzentrismus begonnene Werk der Vernichtung der eigenständigen deutschen und nichtdeutschen Stämme nicht fortgeführt werde.